



BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT, SOZIALES
UND KONSUMENTENSCHUTZ

Stubenring 1, 1010 Wien
DVR: 0017001

AUSKUNFT

Walter Vondruska
Tel: (01) 711 00 DW 6454
Fax: +43 (1) 7158258
Walter.Vondruska@sozialministerium.at

E-Mail Antworten sind bitte unter Anführung
der Geschäftszahl an die E-Mail Adresse
post@sozialministerium.at zu richten.

An die
Energie-Control Austria
für die Regulierung der Elektrizitäts- und
Erdgaswirtschaft

per E-Mail: tarife@e-control.at

GZ: BMASK-10320/0004-I/A/4/2016

Wien, 04.05.2016

**Betreff: „Konsultationsentwurf zur Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur
für den Stromnetzbereich“**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Unter Bezugnahme auf das E-Mail vom 15. Februar 2016 hinsichtlich des im Betreff angeführten Konsultationsentwurfes nimmt das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz im Rahmen seiner Zuständigkeit wie folgt Stellung:

Vorweg bedankt sich das Sozialministerium für die Erstellung des umfangreichen Konsultationspapiers, das für die weitere Diskussion eine gute Grundlage bietet.

Zu den einzelnen Entgeltkomponenten:

- **Weitere Erhöhung der Pauschal- und Leistungspreiskomponenten beim Netznutzungs-entgelt**

Wir sprechen uns für eine weiterhin moderate verbrauchsunabhängige Leistungskomponente aus, dies aus mehreren Gründen:

- Die Versorgung mit Strom stellt eine zentrale Leistung der Daseinsvorsorge dar. Aus diesem Grund muss sichergestellt sein, dass möglichst jeder Bürger/jede Bürgerin zu gut leistbaren Bedingungen Strom konsumieren kann. Aufgrund dieser Zielsetzung können auch Grenzen für die Umsetzung des Kostenverursachungsprinzips bei der Netztariffestsetzung gerechtfertigt sein.

Aufklärungsbedarf sehen wir bei den vorgelegten Berechnungen zu den Break-Even Mengen im Fall der Erhöhung der Leistungsmengen, da die durchschnittlichen Verbräuche in jedem Netzgebiet de facto doch meist erheblich darunter liegen (errechnet aufgrund des Excel-Sheet „Der österreichische Elektrizitätsmarkt Verbraucherstruktur nach Netzgebieten; Datenstand: August 2015; Quelle: Website der ECA). Daher kann die Erhöhung dieser Komponenten nicht – wie in der Konsultation dargestellt – primär nur ‚Zweitwohnsitze bzw. temporär genutzte Anlagen‘ (S.32) betreffen. Vermutlich wäre wohl ein Großteil der Haushaltskunden/Haushaltskundinnen negativ betroffen.

Wie im Konsultationspapier angesprochen, benachteiligen hohe verbrauchsunabhängige Leistungskomponenten Haushalte mit geringem Verbrauch, was sehr häufig gerade Haushalte mit geringem Einkommen betrifft. Dies wird skeptisch gesehen.

- Sehr kritisch sehen wir für Durchschnittshaushalte ein Verrechnungsmodell, das sich stärker an der netzkapazitätsbestimmenden Spitzenlast orientiert.

Bereits heute gibt es zahlreiche Fälle von hohen Nachzahlungen auf Grund kurzfristiger Inanspruchnahme höherer Leistung (kW): Konsumenten/Konsumentinnen ist es idR de facto nicht möglich abzuschätzen, ob und wie die (gleichzeitige) Verwendung von (mehreren) Haushaltsgeräten die Leistungsanspruchnahme (kW) beeinflusst und wie damit die Stromnetzkosten beeinflusst werden. Für die meisten Konsumenten/Konsumentinnen gibt es aus unserer Sicht heute und wohl auch künftig kaum eine Möglichkeit, solche Spitzen zu vermeiden. Es kann von Durchschnittsverbrauchern weiters nicht erwartet werden, dass diese über das Wissen über die gerade in Anspruch genommene Anschlussleistung auf eine Art verfügen, dass rechtzeitig darauf reagiert werden kann. Verlässlich wirksame Informationen/Warnungen im Vorfeld einer kostenrelevanten Überschreitung werden kaum zu gewährleisten sein. Auch Smart Meter Kunden/Kundinnen kann dieses Problem betreffen.

- Hohe verbrauchsunabhängige Leistungskomponenten bei Haushalten laufen dem Ziel eines effizienten Energieeinsatzes in doch maßgeblichem Ausmaß entgegen. Zum einen teilen wir die Ansicht nicht, dass der Anteil der Netzkosten an den Gesamtenergiekosten bei Haushalten so untergeordnet ist, dass er neben Lieferkosten und Steuern nicht ins Gewicht fällt. Der Netzkostenanteil ist ja heute bei HH-Durchschnittsverbrauchern kaum geringer als der Energiekostenanteil (s. ECA, Stand 28.1.2016 Zusammensetzung Strompreis Haushalte). Zum anderen wird der Netzkostenanteil in den nächsten Jahren insgesamt – aus verschiedenen Gründen – wohl steigen.
- Da Netzkosten nicht nur bei den Entnehmern anfallen, sollten in den weiteren Diskussionen Möglichkeiten der Beteiligung der Einspeiser bzw. Erzeuger in jedem Fall sorgfältig mit überlegt werden.

- **Abschaffung des Netzbereitstellungsentgelts und gleichzeitige Ausweitung des Netzzutrittsentgelts um einen pauschalen Anteil**

Der Abschaffung des Netzbereitstellungsentgeltes stehen wir positiv gegenüber. Das bisherige Modell, nach dem Kunden/Kundinnen unter Umständen mit erheblichen Nachzahlungen für höhere Anschlussleistungen rechnen mussten - wobei dem auch je nach Netzbetreiber unterschiedliche Jahresverbrauchsgrenzen für die Abschätzung der tatsächlich in Anspruch genommenen Leistung (in kW) zu Grunde gelegt wurden – war schon bisher aus konsumentenpolitischer Sicht sehr kritisch gesehen.

Schwer nachvollziehbar ist allerdings, warum stattdessen ein neuer Pauschalbeitrag eingehoben werden soll. Etwaige neue Pauschalen müssten jedenfalls so transparent gestaltet sein, dass sie gegenüber den Haushaltskunden/Haushaltskundinnen leicht erklärbar sind.

- **Integration des Messentgelts in das Netznutzungsentgelt**

Warum das Wegfallen gerade des Messentgelts zentral sein soll, um eine wirksame Vereinfachung der Netzentgeltstruktur zu erreichen, wird nicht klar. Zu hinterfragen wäre, ob hierdurch in einer wesentlichen Form Kostentransparenz für die Kunden/Kundinnen verloren geht.

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass auch weiterhin Entnehmer und Einspeiser für die Messkosten aufkommen sollen. Bei einer Integration der Messentgelte in das Netznutzungsentgelt ist dies nicht mehr der Fall.

Sehr sorgfältig zu klären wäre jedenfalls, welche konkreten Messkostenkomponenten davon umfasst sind und welche Komponenten weiterhin individuell zu bezahlen wären.

- **Einführung von Smart Meter und Leistungsmessung**

Hierzu möchten wir festhalten, dass wir einer Leistungsmessung auf Netzebene 7 bei Smart Meter Kunden/Kundinnen ablehnend gegenüberstehen.

Für Konsumenten/Konsumentinnen sind Verrechnungsmodelle, die auf Leistungsmessung abstellen, zu komplex und intransparent. Wie bereits oben beschrieben können HaushaltsverbraucherInnen - im Gegensatz zu Großabnehmern - ihre Verbräuche und etwaige Leistungsspitzen nicht entsprechend bestimmen bzw. anpassen.

Wie im Konsultationspapier festgehalten, bestehen dafür derzeit auch gesetzliche Schranken im Zusammenhang mit der Verwendung von Smart Meter-Daten. Wir sprechen uns gegen jede beabsichtigte Aufweichung des hier bestehenden Datenschutzes – wie z.B. die Einführung von zwei Größenklassen ohne Opt-Out-Möglichkeit von der Leistungsmessung bei Überschreitung der Größenklassengrenze – aus.

- **Echtzeit oder dynamische Tarifierung für Netzentgelte derzeit nicht geeignet sowie unterschiedliche Tarifzeiten nur bedingt zur Laststeuerung geeignet. Eine Ausweitung des unterbrechbaren Tarifs für Demand Side Management ist nötig um auch Marktsignale berücksichtigen zu können, sofern dies den Netzbedürfnissen nicht entgegensteht**

- Wir unterstützen die Feststellungen im Konsultationspapier zur dynamischen Tarifierung der Netzentgelte bzw. zu unterschiedlichen Tarifzeiten zur Laststeuerung dahin gehend, dass dies zu einer zu großen Tarifkomplexität für VerbraucherInnen führen würde. Darüber hinaus ist es gerade Haushalten nicht möglich ihre Verbräuche in großem Umfang in andere Zeitfenster zu verlegen.
- Unterbrechbare Tarife können durchaus einen wichtigen Beitrag zur Netzstabilität leisten. Der Einbindung von Haushaltskunden/Haushaltskundinnen in dieses System können wir wenig abgewinnen und sehen das eher problematisch. Das Abschalten einzelner Haushalte wird kaum einen Einfluss auf die Aufrechterhaltung der Netzstabilität haben. Aus unserer Sicht macht das nur bei Haushalten Sinn, die über einen hohen, steuerbaren Stromverbrauch verfügen. In welchen Fällen dies geeignet wäre, müsste wohl vom Netzbetreiber sorgfältig geprüft werden (z.B. gewisse Wärmepumpennutzer, Prosumer). In jedem Fall müsste sichergestellt sein, dass Kunden/Kundinnen ausreichend informiert werden. Beispielsweise über bevorstehende Versorgungsunterbrechungen, und auch dahingehend, dass (derzeit) bei unterbrechbaren Tarifen ein zweiter Zähler erforderlich ist (damit auch die mit einem zweiten Zähler verbundenen Kosten, wie z.B. Ökostromförderkosten beachtet werden).

- **Einführung von Sozialtarifen im Netz**

Aus Sicht des BMASK sind moderate, leistbare Netzentgelte für Haushalte insgesamt zentral. Es darf mit der Änderung der Netzentgeltstruktur jedenfalls kein neuer Anlass für die Notwendigkeit einer Gebührenbefreiung geschaffen werden!

Bei Überlegungen zu einer Netzentgeltbefreiung auf Basis des FeZG-Modells (Fernsprechtgeltzuschussgesetz) wäre jedenfalls mit zu bedenken, dass damit nicht der gesamte Personenkreis erfasst wäre, der finanzielle Unterstützung braucht und dass – nach dem vorgeschlagenen System „Netzebene 7 trägt die Kosten“ – unter anderem gerade dieser schutzbedürftige Personenkreis die höheren Netzentgelte für die aus der Netzentgeltbefreiung Begünstigten mitzutragen hätte. Für problematisch erachten wir es generell, primär die Netzebene 7 dafür aufkommen zu lassen.

Die Netztarife müssen so ausgestaltet sein, dass diese möglichst für alle Stromkunden/Stromkundinnen gut erschwinglich sind. Insofern befürworten wir ein Netzentgeltsystem, welches Wenig-VerbraucherInnen etwas besser stellt, das somit das Verursachungsprinzip nicht gänzlich durchschlagen lässt.

Aus unserer Sicht wäre weiters das derzeitige Spreizungsregime zwischen den Netzebenen noch einmal auf die Ausgewogenheit hin zu analysieren.

- **Netzrechnungsvereinfachung**

Wir begrüßen den im Konsultationspapier eingebrachten Vorschlag zur Ausweisung von Entgeltkomponenten in fix und variabel. Verbunden mit einer direkten Ausweisung der Umsatzsteuer erscheint der Vorschlag als großer Fortschritt bezüglich der Verständlichkeit.

Wir würden es auch begrüßen, wenn auch im Detailblatt (in dem alle Komponenten einzeln angeführt werden) eine Ausweisung in fix und variabel erfolgen würde. Vermutlich ist dies auch so angedacht.

Aus unserer Sicht sollte im Rahmen des Projekts „Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich“ außerdem auch über neue Bezeichnungen für die jeweiligen Netzentgeltkomponenten nachgedacht werden. Die derzeitigen Begriffe (wie z.B. Netznutzung, Netzbereitstellung und Netzzutritt) sind für VerbraucherInnen zu wenig prägnant bzw. sind auch so ähnlich, dass VerbraucherInnen kaum eine Vorstellung bekommen können, wofür welches Entgelt zu bezahlen ist. Eine eindeutigere Bezeichnung würde mehr Verständnis der Kunden/Kundinnen im Zusammenhang mit der Rechnung mit sich bringen.

Mit freundlichen Grüßen
Für den Bundesminister:

Dr. Peter Gamauf

Elektronisch gefertigt.